



Europas Geldparty – Wer hat den Kater danach?

Die sogenannte Aufbau- und Resilienz-fazilität (ARF) ist das zentrale Element des „Next Generation EU“-Plans (NGEU) der Europäischen Union (EU). Sie wurde als Reaktion auf die Corona-Pandemie ins Leben gerufen, um deren Folgen zu bekämpfen, sowie „die Wachstumspotenziale und Widerstandsfähigkeit der EU-Volkswirtschaften zu stärken“, wie der von der Bundesregierung kürzlich vorgelegte fünfte Bericht zu diesem Instrument ausführt.

Nicht nur haben bereits mehrere Artikel in vergangenen Ausgaben des Steuerzahler-Magazins gezeigt, dass einige Länder die Mittel auch gern in Anspruch nehmen, um damit skurrile Projekte zu finanzieren, deren Zusammenhang zu den eigentlichen Zielen von NGEU nicht erkennbar ist.

Eine tiefere Analyse des Regierungsberichts bestätigt auch die Annahme, dass die Länder die Zuschüsse sehr gern in Anspruch genommen haben, die Darlehen hingegen kaum. Angesichts der

Tatsache, dass die Mittel der ARF bis Ende 2023 gebunden sein mussten, ist es also Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Großer Umfang = große Wirkung?

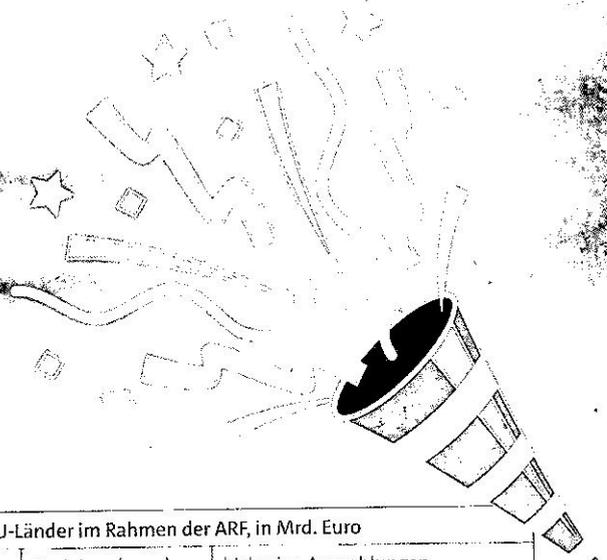
In laufenden Jahren werden den Mitgliedstaaten aus der ARF insgesamt rund 338 Mrd. Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen und 391 Mrd. Euro an rückzahlbaren Darlehen bereitgestellt. Um diese Mittel in Anspruch nehmen zu können, hatten die Länder sogenannte Aufbau- und Resilienzpläne der EU-Kommission vorzulegen.

Darin sollten sie darlegen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenken, die geeignet sind, die Ziele von NGEU zu erfüllen und demnach Anspruch auf Mittel aus der ARF begründen. Deutschland hat aufgrund seines vorgelegten, im Jahr 2023 überarbeiteten Plans Anspruch auf Zuschüsse in Höhe von rund 28 Mrd. Euro. Die Mittel müssen bis Ende 2023 gebunden sein, die Auszahlungsphase erstreckt sich bis auf das Jahr 2026.

Es wurde also auch auf EU-Ebene in Reaktion auf die Corona-Pandemie mit sehr großen Zahlen operiert. Wie vielzählige angesprochene Artikel vergangener Ausgaben des Steuerzahler-Magazins belegen, ist die Wirkung des eingesetzten Geldes, gemessen an den Zielen von NGEU, jedoch mehr als fragwürdig.

Nicht rückzahlbare Zuschüsse werden – erwartungsgemäß – bevorzugt

Darüber hinaus ist ein Großteil der bisher getätigten Auszahlungen als nicht rückzahlbare Zuschüsse geflossen. Seit dem Start von NGEU wurden im Rahmen der ARF bisher 153,4 Mrd. Euro ausgezahlt. Rund 47,2 Mrd. Euro – davon also gerade einmal ein Drittel – als Darlehen, der Rest als Zuschüsse. Das heißt im Umkehrschluss, dass der Großteil der von den Ländern durchgeführten und auch fragwürdigen Projekte schließlich vom allgemeinen EU-Steuerzahler über neu eingeführte Eigenmittel (siehe hierzu zuletzt den Artikel „ECOFIN-Rat verpasst Eigenmittelvorschläge der EU-Kommission einen Dämpfer“ in der Oktober-



Ausgabe 2023) getragen werden und nicht vom jeweiligen Projektland in Form von Rückzahlungen.

Strikte Überprüfung der Mittelverwendung notwendig

Umso höher muss das Maß der Rechenschaftspflicht der Länder bezüglich der Mittelverwendung sein. Und umso höher muss auch der Anspruch der EU-Kommission sein, die Sinnhaftigkeit der durchgeführten Maßnahmen peinlich genau daraufhin zu prüfen, inwiefern sie wirklich den Zielen von NGEU dienlich sind und hier eher restriktiv zu bewerten. Nach Art. 32 der ARF-Verordnung ist die EU-Kommission angehalten, eine Halbzeitevaluierung des Instruments durchzuführen. Dazu hat sie im März 2023 auch eine öffentliche Konsultation gestartet. Es bleibt abzuwarten, zu welchem Ergebnis diese Konsultation und Evaluation kommen wird. Vor allem welche Methodik und Bewertungskriterien schließlich angelegt werden, um ein Zwischenfazit der ARF zu ziehen. Wir werden ein kritisches Auge darauf haben. *Markus Kasseckert*

Zuschüsse, Darlehen und Auszahlungen an EU-Länder im Rahmen der ARF, in Mrd. Euro				
Land	gesamte Zuschüsse	Darlehen (max.)	bisherige Auszahlungen	
			als Zuschuss	als Darlehen
Spanien	77,2	0	37,0	0
Italien	69,0	122,6	29,0	37,9
Frankreich	37,5	0	12,5	0
Deutschland	28,0	0	2,3	0
Polen	22,5	11,5	0	0
Griechenland	17,4	12,7	5,7	5,5
Portugal	15,5	2,7	4,1	1,1
Rumänien	12,1	14,9	3,7	2,7
Tschechien	7,7	0	1,8	0
Slowakei	6,0	0	1,9	0
Ungarn	5,8	0	0	0
Bulgarien	5,7	0	1,4	0
Kroatien	5,5	0	2,2	0
Niederlande	4,7	0	0	0
Belgien	4,5	0	0,8	0
Österreich	3,8	0	1,1	0
Schweden	3,2	0	0	0
Litauen	2,1	0	0,8	0
Lettland	1,8	0	0,4	0
Finnland	1,8	0	0,3	0
Slowenien	1,5	0,7	0,3	0
Dänemark	1,4	0	0,5	0
Zypern	0,9	0,2	0,2	0,03
Irland	0,9	0	0	0
Estland	0,9	0	0,1	0
Malta	0,3	0	0,1	0
Luxemburg	0,1	0	0,03	0
EU-27	337,8	165,3	106,2	47,2

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesregierung (2023): Fünfter Bericht zum Aufbauinstrument „Next Generation EU“